

## **Haimbuchner: Klares „Nein“ der FPÖ zur Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber**

Utl.: Illegale Einwanderer sind nicht die benötigten Fachkräfte für Österreich =

Linz (OTS) - In einer Reaktion auf die Aussagen von BM Hundstorfer im "Standard", wonach er einem sofortigen Arbeitsrecht für Asylwerber positiv gegenüber stehe, damit "Asylwerber nicht zu Hause sitzen müssen", bekräftigt heute der Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner das klare "Nein" der FPÖ zur sofortigen Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber: "Hundstorfer nimmt wieder einmal in vorauseilendem Gehorsam gegenüber den EU-Institutionen die falsche Abzweigung. Der österreichische Arbeitsmarkt kann auch vor dem Hintergrund der bereits vorhandenen Rekordarbeitslosigkeit in den nächsten Monaten nicht zusätzlich zehntausende Asylwerber mit Arbeitserlaubnis verkraften." \*\*\*\*\*

"Mit den illegalen Zuwanderern kommen auch nicht, wie von vielen Seiten behauptet, die benötigten Fachkräfte nach Österreich", so Haimbuchner. Daten des AMS zeigen, dass gut zwei Drittel der syrischen Asylwerber nur eine Pflichtschulbildung haben, sieben Prozent sind Akademiker. Bei den afghanischen Asylwerbern haben demnach mehr als 90 Prozent nur eine Pflichtschulbildung. In Deutschland rechnet man mit Kosten von rund 10.000 Euro für die Integration eines Flüchtlings in den Arbeitsmarkt, inklusive der Kosten für Sprachkurse und Ausbildung.

Für Haimbuchner ist der Weg klar: "Unser Hauptaugenmerk muss auf der Ankurbelung der Wirtschaft liegen", fordert Haimbuchner, "denn nur so können wir die Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Die Angst vor einem drohenden Arbeitsplatzverlust ist ein wichtiges Thema für die Menschen in unserem Land. Auch Oberösterreich ist längst keine Insel der Seligen mehr, die Pleite der Ring Bäckerei, aber auch die bereits beim AMS angemeldeten Mitarbeiter der Baumarktkette Baumax werden die Situation weiter verschärfen", spricht sich Haimbuchner zum wiederholten Male dafür aus, endlich wirksame Maßnahmen umzusetzen, um den Konjunkturmotor zu starten.

Überdurchschnittlich stark steige regelmäßig die Arbeitslosigkeit von

Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft. Der FPÖ-Landesparteiobmann erneuert daher seine Forderung, "mittels Flexi-Klausel den heimischen Arbeitsmarkt zu schützen. Drittstaatsangehörige sollen demnach nach einer längeren Dauer der Arbeitslosigkeit ausgewiesen werden." (schluss) bt

~

Rückfragehinweis:

FPÖ Landesgruppe OÖ  
Birgitt Thurner, Landespressereferentin  
0732/736426 - 31 FAX: DW 15, Mobil: 0664/9072221  
birgitt.thurner@fpoe.at  
www.fpoe-ooe.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/11312/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0124 2015-09-10/12:02

101202 Sep 15

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20150910\\_OTS0124](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150910_OTS0124)